

Antrag

der Abgeordneten Norbert Hackbusch, Cansu Özdemir, Sabine Boeddinghaus, Heike Sudmann, David Stoop, Deniz Celik, Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Stephan Jersch und Insa Tietjen (DIE LINKE)

zu Drs. 22/15625

Betr.: MSC-Deal: Hamburger*innen über Jahrhundertentscheidung selbst entscheiden lassen!

Der Verkauf von HHLA-Aktien durch den Senat der FHH an die Reederei MSC wird seit Monaten in der Stadt Hamburg intensiv diskutiert.

Der Verkauf ist eine Jahrhundertentscheidung von grundsätzlicher und gesamtstädtischer Bedeutung. Die Freie und Hansestadt Hamburg bindet sich an den größten Reeder der Welt. Diese Privatisierung lässt sich nur äußerst schwierig rückgängig machen. Hamburg geht das Risiko ein, nicht nur eine Beteiligung an einzelnen Terminals an einen Reeder zu vergeben, sondern die Hälfte der HHLA-Holding und damit Einfluss weit über die direkten Terminals hinaus. Damit gibt der Senat direkte Gestaltungsmöglichkeiten aus der Hand.

Die SPD-Fraktion und auch die GRÜNE Fraktion widersprechen damit fundamental ihren Argumenten für eine aktive Hafenpolitik der letzten Jahrzehnte.

Eine solche weitgehende Entscheidung sollte von allen Menschen in dieser Stadt getroffen werden. Ein Bürgerschaftsreferendum analog zur Olympia-Entscheidung im Jahre 2015 wäre das geeignete Instrument, um eine solche Entscheidung zu fällen. Es könnte parallel zur Bürgerschaftswahl 2025 stattfinden.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

der Bürgerschaft einen Vorschlag für ein Bürgerschaftsreferendum nach Artikel 50 Absatz 4b der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg darüber zu unterbreiten, ob die Freie und Hansestadt Hamburg ihre Anteile an der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) auf 50,1 Prozent verringert soll, indem sie der Reederei Mediterranean Shipping Company S.A. (MSC) entsprechend Aktien verkauft.